

Nationaler Kontaktpunkt (NKP) für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen

28. Sitzung des NKP-Beirats

21. Oktober 2025, 14:15 - 16:45 Uhr, SECO

Teilnehmende:

Name	Abteilung / Vertretung
Christian Vögtlin (Ko-Vorsitz)	ZHAW
Patrick Dümmler	Patrick Dümmler
Erich Herzog	Economiesuisse
Denise Laufer	SwissHoldings
Laurent Matile	Alliance Sud
Marco Taddei	Schweizerischer Arbeitgeberverband
Laurent Woeffray	Travail Suisse

Entschuldigt:

Helene Budliger Artieda (Ko-Vorsitz)	WBF/SECO
Alexandra Baumann	EDA/STS
Valérie Berset Bircher	WBF/SECO
Julia Büsser	Gesellschaft für bedrohte Völker
Christian Frutiger	EDA/DEZA
Magnus Meister	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Karin Müller	Prof. Universität Luzern

NKP-Sekretariat:

Lukas Siegenthaler, Alex Kunze	WBF/SECO
--------------------------------	----------

Externer Gast (Traktandum 2):

Prof. Christian Hauser	Fachhochschule Graubünden
------------------------	---------------------------

Traktandum 1: Verabschiedung Traktandenliste

Der Vorsitz begrüsst die Teilnehmenden. Die Traktandenliste wird ohne Änderungen verabschiedet.

Traktandum 2: Postulat Dittli (ESG bei KMU)

Ziel der Diskussion war es, allfällige Erkenntnisse aus den Arbeiten zum Postulat Dittli für die Öffentlichkeitsarbeit des NKP zu gewinnen bzw. zu nutzen und Synergien mit den Arbeiten des NKP herzustellen.

Das NKP-Sekretariat erläuterte den Hintergrund des Postulats 23.4062 von Ständerat Josef Dittli. Dieses verlangt vom Bundesrat einen Bericht über die Auswirkungen neuer europäischer und internationaler ESG-Richtlinien (Umwelt, Soziales und Governance) auf Schweizer KMU. Ziel ist es, Herausforderungen bei der Umsetzung zu identifizieren und mögliche Unterstützungsangebote auf Bundesebene aufzuzeigen. Das SECO hat hierzu die Fachhochschule Graubünden mit einer Studie beauftragt, deren Ergebnisse in den Bericht einfließen sollen. Die Verabschiedung durch den Bundesrat des Berichtes in Erfüllung des Postulats Dittli ist im November 2025 vorgesehen.

Prof. Christian Hauser, Studienleiter der Fachhochschule Graubünden, präsentierte die zentralen Erkenntnisse der Studie. Die Untersuchung basiert auf international tätigen Schweizer KMU und berücksichtigt gesetzliche ESG-Vorgaben in verschiedenen Ländern (u.a. Deutschland, Frankreich, Norwegen, Vereinigtes Königreich) wie auch Estland aufgrund seiner forschlichen Arbeiten im Bereich Digitalisierung. Neben Herausforderungen für die KMU

wurden auch Chancen dokumentiert, die sich aus der Umsetzung von ESG-Richtlinien ergeben.

In der Diskussion wurden verschiedene Aspekte vertieft. Es wurde bestätigt, dass keine signifikanten Unterschiede zwischen den Sprachregionen bestehen. Die Rolle der Verbände bei der Unterstützung der KMU wurde als zentral hervorgehoben, ebenso wie der Einsatz digitaler Tools zur Umsetzung von ESG-Anforderungen. Der Beirat diskutierte zudem, inwiefern die Erkenntnisse für die Öffentlichkeitsarbeit des NKP genutzt werden können. Dabei wurde betont, dass das überarbeitete, Kommunikationskonzept des NKP aus dem Jahr 2024 zwar eine gute Grundlage bietet, das Erreichen der KMU jedoch weiterhin eine Herausforderung darstellt. Der Beirat hielt fest, dass insbesondere die OECD-Leitsätze und Instrumente zur Sorgfaltsprüfung bei der Umsetzung der Massnahmen des Postulats Dittli eine wichtige Rolle spielen sollen. Das NKP-Sekretariat kündigte an, dem Beirat die Planung für die Öffentlichkeitsarbeit 2026 des NKP schriftlich zu unterbreiten.

Traktandum 3: Umwelt und Klima im Rahmen der NKP-Arbeiten

Die Thematik «Umwelt und Klima» wurde bislang durch den Schweizer NKP im Vergleich zu anderen Themen wie Menschenrechten und Arbeitnehmerrechten weniger stark bearbeitet. Nur 15 % der Eingaben beim Schweizer NKP seit 2000 betrafen Umweltaspekte, während dieser Anteil im internationalen NKP-Netzwerk bei rund 30 % liegt. Auch im Beirat wurde die Umweltthematik bisher kaum vertieft behandelt. Mit der Aktualisierung der OECD-Leitsätze im Jahr 2023, insbesondere im Kapitel VI «Umwelt», wurde die Bedeutung dieser Themen jedoch deutlich gestärkt. Die Leitsätze enthalten nun präzisere Anforderungen zu Klimaschutz, Biodiversität, Tierschutz und umweltbezogener Sorgfaltspflicht entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Das NKP-Sekretariat stellte die wichtigsten Aktualisierungen der OECD-Leitsätze vor und regte eine Diskussion zu möglichen Massnahmen an, um die Umweltthematik künftig stärker in die NKP-Arbeit zu integrieren. Dabei wurden unter anderem folgende Fragen diskutiert: Soll der NKP die Umweltthematik bei der Promotion besonders fördern? Wie kann die Zusammenarbeit mit Umweltorganisationen intensiviert werden? Welche Massnahmen sind im Beirat und im Sekretariat denkbar, um Expertise zu stärken?

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass bisher keine spezifischen Branchen identifiziert wurden, die besonders von der Umweltthematik betroffen sind. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass KMU Umweltstandards teilweise als Markteintrittsbarriere wahrnehmen, grundsätzlich Unternehmen in der Schweiz jedoch im Bereich Umwelt im internationalen Vergleich fortschrittlich handeln. Allerdings seien der Umgang mit Scope-3-Emissionen für viele - auch grosse, Unternehmen - eine Herausforderung. Die Spannung zwischen freiwilligen und regulatorischen Anforderungen wurde thematisiert, insbesondere im Kontext der neuen Klimaberichterstattungs-Verordnung. Das NKP-Sekretariat wies darauf hin, dass bereits heute das Bundesamt für Umwelt (BAFU) bei NKP-Eingaben zur Umweltthematik in der ad hoc Arbeitsgruppe Einsitz nimmt.

Es wurde vorgeschlagen, mit Umweltverbänden wie dem WWF das Interesse an einem gemeinsamen Promotionsanlass abzuklären. Auch ein spezifisches Webinar zu Scope 3 wurde angeregt. Die Verknüpfung mit internationalen Standards wie ISSR, ISSB und TNFD wurde als relevant erachtet. Das NKP-Sekretariat kündigte an, die Planung zur Öffentlichkeitsarbeit schriftlich zu zirkulieren.

Traktandum 4: Peer Review des Schweizer NKP

Das NKP-Sekretariat informierte über den aktuellen Stand der Vorbereitungen zur bevorstehenden externen Überprüfung (sog. *Peer Review*) des Schweizer NKP durch Vertreterinnen und Vertreter des Vereinigten Königreichs, Islands sowie des OECD-Sekretariats. Der sogenannte „on site visit“ in Bern findet vom 25. bis 27. November 2025 statt. In den vergangenen Wochen wurden durch das NKP-Sekretariat umfassende Vorbereitungsarbeiten durchgeführt. Dazu gehört unter anderem das Ausfüllen und die Übermittlung des OECD-Fragebogens zur Organisationsstruktur und den Tätigkeiten des Schweizer NKP. Zudem wurden die Stakeholder des NKP mittels eines OECD-Fragebogens

befragt. Bei rund 30 eingegangenen Antworten liegt die Rücklaufquote bei etwas über 40 Prozent. Darüber hinaus wurden die Teilnehmenden für den Länderbesuch eingeladen.

Basierend auf den Rückmeldungen der Stakeholder sowie eigenen Einschätzungen hat das NKP-Sekretariat eine Übersicht möglicher Diskussionsthemen für den Besuch erarbeitet. Diese enthält auch potenzielle Kritikpunkte, die bereits in früheren Sitzungen des Beirats diskutiert wurden. Die Übersicht dient den Beiratsmitgliedern zur Vorbereitung auf den Besuch.

Das NKP-Sekretariat betonte, dass die Peer Review nicht nur eine Gelegenheit zur kritischen Reflexion darstellt, sondern auch Raum für die Einbringung innovativer Ideen bietet, die zur Weiterentwicklung des NKP beitragen können. Die Mitglieder des Beirats wurden ermutigt, sich im Vorfeld Gedanken dazu zu machen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die Stärken des Schweizer NKP – etwa seine Attraktivität im internationalen Umfeld und die zunehmende Anzahl von Eingaben – ebenfalls sichtbar gemacht werden sollten. Gleichzeitig wurde angeregt, die Peer Review nicht mit übergeordneten internationalen politischen Diskussionen zu überfrachten, sondern sich auf konkrete und praxisnahe Aspekte zum Schweizer NKP zu konzentrieren.

Das NKP-Sekretariat wird den Mitgliedern Kennzahlen zur Fallbearbeitung – wie die Anzahl angenommener Fälle und erfolgreicher Mediationen – zur Verfügung stellen. Die Diskussion der Empfehlungen ist an der nächsten Sitzung des NKP-Beirats vorgesehen.

4 Informationen zur Öffentlichkeitsarbeit, NKP-Verfahren, proaktives Vorgehen

Öffentlichkeitsarbeit

Das NKP-Sekretariat informierte über die laufenden Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Besonders hervorgehoben wurde das am 9. Oktober 2025 gemeinsam mit den Nationalen Kontaktstellen Deutschlands und Österreichs durchgeführte Webinar zum Thema «Entwaldung und Sorgfaltsprüfung in landwirtschaftlichen Lieferketten». Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ermöglicht nicht nur eine effizientere Ressourcennutzung, sondern auch eine grössere Reichweite bei den Teilnehmenden. Zudem bringt sie eine wertvolle europäische Dimension in die Diskussion ein.

NKP-Verfahren

Drei Nichtregierungsorganisationen (BankTrack, Worth Rises und Coalition for Immigrant Freedom) reichten eine Eingabe gegen die SNB, **UBS** sowie die britischen Banken HSBC und Barclays ein. Sie warfen den Instituten vor, bei Beteiligungen an den US-Unternehmen CoreCivic und GEO Group keine ausreichende Sorgfaltsprüfung vorgenommen zu haben. Die beiden Firmen betreiben private Gefängnisse, in denen es laut den NGOs zu Menschenrechtsverletzungen kommt. In Abstimmung mit dem britischen NKP wurden vier separate Initial Assessments veröffentlicht. Der Schweizer NKP trat auf die Eingabe zur UBS ein. Nach Veröffentlichung der Berichte boten beide NKP eine gemeinsame Mediation an. UBS lehnte das Angebot trotz intensiver Bemühungen des Schweizer NKP ab. Sie begründete dies mit dem Hinweis, dass Responsible Business Conduct (RBC) bei passiven Investments auf Branchenebene diskutiert werden sollte und eine OECD-Guidance dazu hilfreich wäre. Auch die britischen Banken lehnten ab: Barclays mit ähnlicher Begründung, HSBC zeigte sich grundsätzlich kritisch gegenüber dem Vorgehen des UK NKP (vgl. [Final Statement](#)).

Der NKP ist auf die Eingabe zum Unternehmen Visa Facilitation Services (**VFS**) Global eingetreten. VFS betreibt in Nepal ein Visazentrum im Chhaya Center in Kathmandu. Laut der eingebenden Partei wurde das Gebäude auf kulturell bedeutendem Land der Newar-Gemeinschaft errichtet, was zu einer Beeinträchtigung der lokalen Kultur geführt habe. Die Partei forderte von VFS, seinen Einfluss zu nutzen und sich aus dem Geschäftskomplex zurückzuziehen. VFS kündigte daraufhin den Mietvertrag und verwies dabei auf das laufende NKP-Verfahren. Der NKP hatte bereits zuvor eine Mediation angeboten. VFS lehnte diese jedoch ab, da die Kündigung bereits erfolgt sei und kein weiterer Gesprächsbedarf bestehe. Das [Final Statement](#) wurde am 25. Juni 2025 veröffentlicht. Der Beirat regte an, bei zukünftigen Fällen mit potenziellen Gefährdungslagen ein Follow-up durchzuführen, um zu überprüfen, ob die Bedrohung fortbesteht

Eine Einzelperson aus Thailand reichte beim Schweizer NKP eine Eingabe zu einem Arbeitskonflikt mit **Nestlé** Thailand ein, der zu einer Entlassung führte. Der NKP entschied, nicht auf die Eingabe einzutreten, da die Angelegenheit bereits durch ein nationales Gericht sowie den internen Beschwerdemechanismus von Nestlé („Speak Up“) behandelt worden war. Eine Mediation durch den NKP würde keinen zusätzlichen Mehrwert stiften. Zudem verlangte die eingebende Partei eine Untersuchung der Vorfälle und eine Einschätzung zur Einhaltung der OECD-Leitsätze, was nicht mit dem Mandat des NKP vereinbar ist, welches auf Vermittlung und Dialog ausgerichtet ist. Der Beirat wurde im Rahmen des Initial Assessment konsultiert; es gab keine Gegenstimmen zum Entscheid (vgl. [Final Statement](#)).

Praxis «Forum Shopping» und nicht geeignete Eingaben

Das NKP-Sekretariat informierte über die zunehmende Zahl von Eingaben, die gleichzeitig an mehrere NKP gerichtet werden (sog. «Forum Shopping»). Zudem fehle teilweise ein Bezug zu den OECD-Leitsätzen. Solche Anfragen führen zu erheblichem Koordinationsaufwand und Ressourcennutzen, ohne einen Beitrag an die Umsetzung der OECD-Leitsätze zu leisten. Ein aktueller Fall zeigt, dass solche Eingaben oft konstruiert wirken und keinen Bezug zu den OECD-Leitsätzen aufweisen. Da sich diese Entwicklung auch bei anderen NKP zeige, wird die Thematik Ende Oktober beim OECD-NKP-Treffen in Paris Ende Oktober thematisiert. Eine Option eines vereinfachten Verfahrens für solche Eingabe soll an der nächsten Sitzung des Beirats diskutiert werden.

Proaktives Verfahren

Das NKP-Sekretariat informierte über das proaktive Verfahren, bei dem der NKP Unternehmen auch ohne formelle Eingabe kontaktieren kann, um auf die OECD-Leitsätze hinzuweisen und Unterstützung anzubieten. Voraussetzung für ein solches Vorgehen ist, dass bestimmte Kriterien erfüllt sind – etwa, dass glaubhafte Informationen vorliegen, ein Unternehmen mit Sitz in der Schweiz betroffen ist und ein erhebliches Risiko für negative Auswirkungen besteht. Der Beirat unterstützt diesen Ansatz, hält jedoch fest, dass das Verfahren aus Ressourcengründen nicht aktiv beworben werden soll.